Wie müssen die politischen/wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im neuen Jahrtausend ausgestaltet werden, damit Deutschland als IT-Standort eine Zukunft hat?

Wirtschaftsinformatik Heft 03, 06/2000 | Dipl.-Kfm. Dipl.-Inform. Peter E. Rasenberger[1], Prof. Dr. Heinz Klandt[2]

Die Zeichen für eine neue weltweite Gründungsepoche sind deutlich zu erkennen, die Gründungsaktivität und das Gründungsklima variieren aber in unterschiedlichen Regionen erheblich. Schon früh hatte man in den USA erkannt, daß die überwiegende Zahl neuer Arbeitsplätze von Start-Up Unternehmen in neuen Branchen geschaffen werden, während die gereiften Konzerne in klassischen Branchen Arbeitsplätze abbauen. Durch das Innovationspotential ihrer Mitarbeiter dehnen die schnell wachsenden IT-Start-Ups die Grenzen der Informationstechnologie aus, jeden Tag ein bißchen schneller und umfassender. Das Silicon Valley hat heute ein höheres Bruttosozialprodukt als mancher kleinerer Nationalstaat. Erst vor wenigen Jahren von Hochschulabgängern und –abbrechern gegründete High-Tech-Unternehmen haben in Einzelfällen einen höheren Börsenwert als traditionelle deutsche Industrieunternehmungen, welche damit sogleich zu Übernahmekandidaten der jungen Herausforderer werden. Gleichzeitig ist von führenden Universitäten zu erfahren, daß ihre besten Absolventen nicht mehr eine Karriere bei den renommierten, internationalen Beratungsunternehmen oder in der Großindustrie suchen, sondern sich mit einer Garagenfirma selbständig machen. Die New Economy und ihr wichtigstes Antriebsaggregat – das Internet – sind überall greifbar geworden.

Während die Welt bislang oft in Herrscher und Beherrschte, Reich und Arm, Nord und Süd, etc. geteilt wurde, verläuft nun eine neue Demarkationslinie zwischen Wissenden und Unwissenden. Und „Wissen" heißt hier vor allem Kenntnisse im Umgang mit den Möglichkeiten der Informationstechnologie und der New Economy. Die Kluft zwischen Wissend und Unwissend wächst. Täglich. Sie schafft mittelfristig eine gesellschaftliche Spaltung und damit potentiell sozialen Unfrieden. Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit oder den Willen, der rasanten Entwicklung der IT zu folgen. Ohne Zweifel werden aber diejenigen, die über das beste Wissen in den relevanten Disziplinen – wie im IT, Life Science, Entrepreneurship - der New Economy verfügen, auch maßgeblich über die Zukunft aller bestimmen, sie nehmen einen erheblichen Einfluß auf die kulturelle, politische und wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Welt. Diese globale Gemeinschaft der Wissenden ist global auch in dem Sinne, daß Nationalstaaten für ihr Wirken in Zukunft nur eine untergeordnete Rolle spielen werden.

Fragen wir uns aus der Perspektive der New Economy, wie die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen[3] im neuen Jahrtausend ausgestaltet werden sollten, damit Deutschland als IT-Standort eine Zukunft hat, so fällt an der Frage zunächst eines auf: Sie stammt aus dem Selbstverständnis der alten Welt! Aus ihr spricht die Perspektive der potentiellen „Verlierer" der New Economy.

Es muß nämlich grundsätzlich hinterfragt werden, welches Gewicht ein Nationalstaat wie Deutschland für die New Economy hat, ob seine Bedeutung für die Entwicklung nicht immer mehr schwindet. Zum zweiten ist zu hinterfragen, ob innerhalb Deutschlands die Politik sowie die Interessenvertreter von den Gewerkschaften bis hin zu den Industrieverbänden auf die rasante Entwicklung einen entscheidenden Einfluß haben. Diese Überlegung mag sich bedrohlich anhören, hat jedoch nachvollziehbare Ursachen, die bei genügendem Willen beeinflußbar wären.

Nicht selten haben wir in den vergangenen Monaten Politiker, Gewerkschaftsfunktionäre und Vorstände über die Informationsgesellschaft sprechen hören. Wie immer fühlen wir uns, wenn wir an solchen öffentlichen Diskussionen teilnahmen, aufgefordert die entsprechenden Persönlichkeiten nach ihren eigenen Kenntnissen im Umgang mit der Informationstechnologie zu befragen. Das Ergebnis ist fast einstimmig und es ist ernüchternd: Kaum eine klassische Top-Führungskraft in Deutschland nutzt regelmäßig das Internet; sprach man früher schon einmal von der „Computer- und Tastatur-Phobie" der Topmanager, so kann man heute von der „Internet-Phobie" der Führungskräfte reden: sie haben meist eine rein platonische Beziehung zur Informationstechnik! Hätte man in der alten Welt einen Analphabeten als Bildungsminister zugelassen?

Ein ähnlicher Problemfall ist unser Schulsystem. Ein Besuch an einem staatlichem Gymnasium oder z.T. auch einer Hochschule dürfte reproduzierbar einen vergleichbaren Effekt zeigen. Wenn hier jemand etwas über die neue Welt der Informationstechnologie lernt, so im Regelfall der Lehrer vom Schüler oder der Dozent vom Studenten. Im Übrigen: das Thema Wirtschaft oder gar Entrepreneurship[4] als wichtigem Ingrediens der New Economy zählt nur in zwei Bundesländern Deutschlands zum Fächerkanon der allgemeinbildenden Gymnasien etc.

In jungen Unternehmen der Informationstechnologie kann man täglich in vivo erleben, was die klassische Industrie noch für Utopie hält. Auch in Deutschland! Aber Innovation wird in den jungen Unternehmen aber oft nicht durch staatliche Unterstützung und angemessene Rahmenbedingungen geschaffen, sondern trotz aller schlechten Bedingungen. Arbeitsplätze entstehen hier nicht wegen staatlicher Förderung, sondern trotz staatlicher Behinderung. Forschung, Entwicklung und Unternehmertum wird in diesem Unternehmen nicht wegen der aus den Hochschulen mitgebrachten Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern trotz unzureichender Vorbildung betrieben.

Zu viele Politiker glauben noch, wir müssen die neuen Entwicklungen stärker fördern, Jungunternehmer besser unterstützen, etc.. Die neue Unternehmer- und Informationselite braucht jedoch nicht so sehr öffentliche Nachhilfe, sie muß nicht vom Staat an die Hand genommen werden. Wir müssen vielmehr die im Laufe der letzten Jahrzehnte angezogenen Bremsen lösen, die unnötigen Regulierungen abbauen, den Staatsanteil von fast 50% auf ein vernünftiges Maß zurückführen, wenn wir die Kluft zwischen „Wissend" und „Unwissend" nicht weiter vergrößern wollen. Dieses könnte vielleicht verhindern, dass noch mehr Jungunternehmer das Land verlassen (brain drain), weil die Perspektiven im Ausland vielversprechender sind. Als wie attraktiv Deutschland von außen wahrgenommen wird, wird sich auch zeigen, wenn wir bisherige völlige Abschottung gegen hochqualifizierte internationale Spezialisten in naher Zukunft vielleicht tatsächlich abbauen.

Jungunternehmer, die von uns aus akademischer Sicht oder als Beratungskunden betreut werden, berichten immer wieder von den gleichen Problemlagen. Für ein neues Projekt wird eine Anzahl an Informationstechnologie-Experten gesucht. Der deutsche Markt gibt geeignete Bewerber nicht im ausreichenden Maße her. Die Einreise von Nicht-EU-ausländischen Experten wird behindert und die projektorientierte Unterstützung durch Freiberufler durch eine weltfremde Sozialgesetzgebung beeinträchtigt. Wer in dieser Situation das Land mit allen Mitarbeitern verläßt, handelt sozial verantwortlich. Nur so können dann im Einzelfall die Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden. Nur eben nicht am Standort Deutschland.

Es kann mit hinreichender Gewißheit davon ausgegangen werden, das fehlende Arbeitskräfte im Informationstechnologiesektor sekundär Arbeitslosigkeit im hohem Ausmaß schaffen. Wer hier argumentiert, man möge erst Arbeitslose umschulen, bevor man ausländische Experten hinzuzieht, hat die Diskussion gründlich mißverstanden: Wir können uns keine mindestens fünfjährige Auszeit mit qualitativ ungewissem Bildungsoutput nehmen.

Was ist zu tun, wenn man als Politiker, Wirtschaftslenker, Gewerkschafter oder Hochschullehrer mit den Menschen, für die man sich verantwortlich fühlt, nicht auf der Verliererseite der New Economy landen möchte?

Erstens sollte man bei sich selbst anfangen. Täglicher Umgang mit den Möglichkeiten der Informationstechnologie schärft das Bewußtsein für die Risiken und Chancen dieser neuen Welt erheblich. Nur wer Teil dieser Welt ist, kann sie redlich mitgestalten.

Zweitens ist das Unternehmen von Morgen schon heute erlebbar. Ausgedehnte Besuche bei Jungunternehmern der Informationstechnologiebranche lassen erstaunliches erfahren. Gerne wüßten wir zum Beispiel, wie ein Gewerkschaftsvertreter, der für die Verringerung der Arbeitszeit und arbeitsfreie Wochenenden eintritt, die Frage eines Programmierers bei einer Start-Up Unternehmung beantworten würde, ob er auch sieben Tage die Woche arbeiten dürfe, weil es halt so viel Spaß macht?

Drittens sollte jeder, dem heute als Führungskraft die Entwicklung zu schnell geht, daran denken, daß mit einem Beharren auf dem Erreichten die Kluft zwischen den Wissenden und den Unwissenden nur wächst. Diejenigen die wir vor den Risiken der Informationstechnologie schützen wollen, setzten wir damit dem größtmöglichen Risiko aus: dem Nicht-mit-kommen. Ein Lehrer, der den Einsatz vom Internet in der Schule mit der Begründung ablehnt, die Schüler könnten die Erziehung gefährdende Informationen im Internet finden, erzieht zur Unmündigkeit und mit Sicherheit auch zur Arbeitslosigkeit. Die Schulen müssen schnellstens ans Netz und das auf breitem Band!

Viertens lassen sich sonst zu erwartende soziale Spannungen nur durch das gezielte Heranführen der Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch die etablierten Generationen an die neuen Technologien reduzieren. Hier ist dann neben der Wirtschaft tatsächlich auch die Politik gefordert. Wenn Politiker noch einen positiven Einfluß auf diese Entwicklung nehmen wollen, so wäre ihr engstes Umfeld ein geeignetes Versuchs- und Lernfeld. Große Teile des Verwaltungsapparates der Städte, Kommunen und Länder eignen sich zur Umwandlung in virtuelle Ämter. Das Argument der fehlenden Realisierbarkeit auf Grund des Wegfalls von Tätigkeiten für Tausende von Staatsbeamten ist nur vordergründig sozial. Der Erhalt von nicht notwendigen Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung ist nicht minder fehl am Platz als

die Einrichtung zusätzlicher Lehrstellen im Steinkohlebergbau in Deutschland und die Zusage, die Kohlesubvention über das Jahr 2005 hinaus fortzuführen. Wer in bester sozialer Absicht versucht das Gestern zu erhalten, zementiert heute schon die sozialen Ungleichgewichte von Morgen.

Fünftens ist es erforderlich über den Tellerrand der Fragestellung hinaus zu schauen. Selbst wenn es gelingen sollte, Deutschland zu einem bedeutenden „Bewegungsraum" (nicht „Standort"!) für die Informationsgesellschaft zu machen, so darf dieses nur ein Zwischenschritt sein. Ist ein „Standort" für „virtuelle Unternehmen" eigentlich nicht ein Paradoxon? Die kommende Herausforderung ist es, alle Regionen der Welt auf die Reise in die Zukunft mitzunehmen. Nur dann wird der Wandel in der Gesellschaft, der durch das Internet ausgelöst wurde, zu nachhaltigem Wohlstand führen.

Die Verfasser des Artikels sind sich sicher, dass die Herausforderungen der neuen Zeit aus mehr Chancen als Risiken bestehen und wir alle gefordert sind, die neue Zeit mit zu gestalten.

1) Gründer und Mitglied des Vorstandes compartner AG, Düsseldorf, Germany, Gastdozent am Stiftungslehrstuhl für Gründungsmanagement und Entrepreneurship der EUROPEAN BUSINESS SCHOOL.
2) Inhaber des DtA-Stiftungslehrstuhles für Gründungsmanagement und Entrepreneurship, EUROPEAN BUSINESS SCHOOL, Schloß Reichartshausen, Oestrich-Winkel.
3) Vgl. zu den Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen: Heinz Klandt: Gründungsmanagement: Der integrierte Unternehmensplan. Oldenbourg Verlag München-Wien, 1999, S. 31-46. Sowie: Heinz Klandt, Erdme Brüning: Gründungsklima: ein internationaler Vergleich von acht Ländern (Arbeitstitel), in Vorbereitung.
4) Vgl.: Heinz Klandt: Entrepreneurship. Unternehmerausbildung an deutschen Hochschulen. In: BFuP Heft 3/1999, S. 241-255. Sowie als konkretes Beispiel zur Ausgestaltung der Unternehmerpädagogik: Heinz Klandt: „EVa". Das Computer-Planspiel für Unternehmer und solche, die es werden wollen. FGF Verlag Köln-Dortmund-Oestrich-Winkel, 3. Aufl. 1999.